



Schulpolitische Leitlinien der Freien Demokratischen Partei Linnich

Ausgangslage

Linnich verfügt über zwei Grundschulen, eine Haupt- und eine Realschule, eine Förderschule für Schüler mit körperlicher und/oder motorischer Beeinträchtigung in Trägerschaft des Landschaftsverbands Rheinland, sowie über ein OGS-Angebot.

Demographische und rechtliche Entwicklung

Die demographische Entwicklung zeigt auch für Linnich einen deutlichen Rückgang an künftigen Schülern. Während die Geburtenjahrgänge 1991-1994 noch ca. 150 bis ca. 170 Einwohner aufweisen, verringert sich der Anteil auf knapp über/unter 100 in den Jahrgängen 2005-2008. Demnach ist eine Dreigliedrigkeit (und tlw. eine Zweigliedrigkeit) der Haupt- und Realschule ggf. nur durch auswärtige Schüler zu erreichen.

Die auch von Deutschland ratifizierte UN-Behindertenrechtskonvention sieht vor, dass Schülerinnen und Schüler mit Behinderung künftig an Regelschulen zu unterrichten sind. Entsprechende gesetzgeberische Aktivitäten des Landes liegen derzeit jedoch noch nicht vor.

Schulkonzept Nordkreis

Der Rat der Stadt Linnich hat Anfang März beschlossen gemeinsam mit Jülich, Titz, Aldenhoven und Niederzier ein Schulkonzept für den Nordkreis zu entwickeln und zu prüfen, ob Bedarf für eine bisher im Nordkreis nicht vorhandene Schulform vorhanden ist. Eine explizite Forderung nach einer Gesamtschule im Nordkreis sieht der beschlossene Antrag nicht vor. Durch die Medienberichte scheint aber genau dies der Wunsch der Initiatoren zu sein. Andere Formen sollen im Gesprächskreis Schulkonzept besprochen werden.

Schulpolitische Leitlinien

Die Freie Demokratische Partei Stadtverband Linnich stellt auf Grund der vorliegenden Ausgangslage und absehbaren Entwicklung folgende Leitlinien für die ihre künftige Schulpolitik auf:

1. Eine endgültige Entscheidung über die Zukunft des Linnicher Schulstandorts soll und kann erst nach der Landtagswahl getroffen werden. Im Falle einer rot-(rot-)grünen Landesregierung besteht die berechtigte Sorge, dass es künftig nur noch eine Schulform geben wird. Der Bau einer neuen Schule oder die Neustrukturierung unserer bestehenden Schulen könnten sich vor diesem Hintergrund als finanzielle Fehlentscheidung herausstellen. Auch im Falle der Wiederwahl der amtierenden Landesregierung sind Veränderungen im Schulsystem nicht ausgeschlossen.
2. Linnich darf den Hamburger Fehler nicht wiederholen. Die Einrichtung/Neustrukturierung der Linnicher Schullandschaft darf nicht gegen den Willen der Betroffenen gefällt werden. Der Elternwille kann jedoch nicht der alleinige Entscheidungsgrund sein. Der Wille der Bürgerinnen und Bürger sowie die Stadtentwicklung sind zu berücksichtigen.
3. Die Linnicher Liberalen wollen den Schulstandort Linnich aufrechterhalten und sind deshalb dazu bereit neue Wege zu gehen. Dabei sind alle Möglichkeiten zu prüfen.

b.w.



4. Der Gesamtschule stehen wir aus pädagogischen Gründen kritisch gegenüber. Der Einrichtung einer Gesamtschule als Ergänzung der Linnicher Schullandschaft stehen wir nicht von vorne herein ablehnend gegenüber. Entscheidend ist, dass der Bedarf vorhanden für eine zusätzliche Schule vorhanden ist. Diese Gesamtschule darf jedoch nicht die Auflösung der bestehenden Linnicher Schullandschaft bedeuten.
5. Aufgrund der demographischen Entwicklung, der jahrelangen Vernachlässigung der Hauptschule durch die ehemaligen Landesregierungen ist eine Neustrukturierung der bestehenden weiterführenden Schulen in Linnich erforderlich. Wir stehen den Möglichkeiten einer Verbundschule oder der von der NRW FDP geforderten Regionalen Mittelschule positiv gegenüber. Sie garantieren den Erhalt der Linnicher Schullandschaft mit mehreren Schulabschlüssen, ohne das pädagogische Konzept der Gesamtschulen zu übernehmen. Unter dem Dach einer Regionalen Mittelschule wäre es, nach Vorstellung der FDP, möglich ein differenziertes Angebot an Abschlüssen und Bildungsgängen anzubieten. So ist es auch möglich Bildungsgänge zu verzahnen. Auch hier legen wir Wert darauf, dass eine Entscheidung nicht gegen den Willen der Betroffenen gefällt wird. Des Weiteren ist die Entwicklung der Schulpolitik nach der Landtagswahl abzuwarten. Grundsätzlich sehen wir jedoch in diesen Modellen, insbesondere in der Regionalen Mittelschule, die Möglichkeit die Zukunft unserer Schullandschaft zu sichern, da dieses Modell die bewährten Bildungsgänge von Haupt- und Realschule aufgreift und in einem gemeinsamen Verbund sichert.
6. Unabhängig von neuen Schulen oder Schulformen ist die Weiterentwicklung der Ganztagsangebots zu sehen. Mittelfristig ist eine Ganztagsangebotsversorgung für alle Schulformen zu erreichen, um die Attraktivität unseres Schulstandorts zu verbessern. Das Nachmittagsangebot darf dabei nicht ausschließlich in der Organisation von Freizeit bestehen, sondern muss pädagogische Elemente, wie intensive Hausaufgabenbetreuung, Förderangebote oder einen ergänzenden freiwilligen Fächerkanon enthalten.
7. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der UN-Berühmtenrechtskonvention (Inklusion) ist bei potentiellen Neubauten oder anderweitig geplanten Umbaumaßnahmen auf Barrierefreiheit zu achten.
8. Eine Einheitsschule, die die zwangsweise Zusammenlegung aller Schulformen beabsichtigt, lehnen wir ab. Wir stehen für die Wahlfreiheit der Eltern und Schüler, dafür bedarf es eines differenzierten Schulsystems mit Möglichkeiten für die Kommunen auf die demographische Entwicklung in ihrem Einzugsgebiet Rücksicht zu nehmen.
9. Die Möglichkeit einer neuen Schule in privater und kirchlicher Trägerschaft, insbesondere mit gymnasialer Oberstufe, ist zu prüfen.